



Europa muss die nachhaltige Energiewende vorantreiben

Anlässlich des 30. Jahrestages der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl fordern die Naturfreunde die aktive Umsetzung einer nachhaltigen Energiewende in Europa. Die Konzentration auf erneuerbare Energiequellen ist nicht nur ein wesentlicher Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen, sondern hilft auch, die Energiekosten zu senken und Energiearmut zu bekämpfen. Ein wesentlicher Hebel dazu ist die konsequente Einführung von CO₂-Steuern als Anreiz, aus der Verwendung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas für die Energieerzeugung auszusteigen.

Am 26. April 2016 jährt sich die Katastrophe von Tschernobyl zum 30. Mal. Es war der erste Reaktorunfall mit Kernschmelze in Europa. Inzwischen hat die viel größere Katastrophe von Fukushima im März 2011 zu einem Umdenken in der Nuklearpolitik in vielen Ländern Europas geführt. Leider setzen einige Länder, vor allem Frankreich, Schweden, Großbritannien sowie die osteuropäischen Staaten trotz dieser bitteren Erfahrungen weiterhin auf die Kernkraft und schaffen damit ein großes Risiko für die europäische Bevölkerung. Zusätzlich ist die Entsorgung des strahlenden Materials aus Betrieb und Abbau der Anlagen nach dem Ende der Betriebszeit derzeit nirgendwo auf der Welt gelöst – und wie sich herausstellt, sind die Kosten dafür auch nur ungenügend zurückgestellt.

Viele Expertinnen und Experten sowie Politikerinnen und Politiker begründen das Festhalten am Atomstrom mit dem Klimaschutz zur Vermeidung von Kohlenstoff-Emissionen. Das ist unlauter, denn die Vergiftung der Atmosphäre mit CO₂ kann nicht mit der atomaren Verstrahlung von Böden

und Wasser und letztlich der Menschen aufgewogen werden. Beide Risiken – der Klimawandel und weitere Nuklearkatastrophen – müssen so rasch wie möglich reduziert werden.

Gefährdung der Versorgungssicherheit?

Andere argumentieren, dass Kraftwerke für die Versorgungssicherheit Europas unverzichtbar seien. Dem entgegen stehen viele Fakten, die bewusste und kritische Konsumentinnen und Konsumenten jederzeit aus den öffentlichen Medien entnehmen können: Es gibt zur Zeit nicht zu wenig Strom in den Netzen Europas, sondern immer öfter zu viel Strom, weil inzwischen zusätzlich zu den konventionellen Kraftwerken viele Wind- und Solarenergieanlagen ihren Betrieb aufgenommen haben. Dieses Überangebot an Strom hat zu einer dramatischen Senkung der Strompreise an den Strombörsen geführt – von 60 Euro pro MWh vor fünf Jahren auf derzeit unter 20 Euro je MWh. Das ist auch der Grund, warum die geplanten neuen Atomanlagen in Großbritannien eine staatliche Förderung von 95 Euro je MWh erhalten. Sie könnten sonst nicht rentabel betrieben werden.

Dass die Konsumentinnen und Konsumenten von dieser Senkung der Stromerzeugungskosten nichts merken, ist ein anderes Kapitel des Versagens der Regulierungsbehörden in Europa. Hinter all den Argumenten für die Atompolitik und gegen die Energiewende stehen die Interessen der Energielobbys, die ihre teilweise alten und abgeschriebenen Anlagen solange wie möglich betreiben wollen und damit eine nachhaltige Energiewende behindern. In vielen Ländern sind Politik und Energiewirtschaft eng verflochten; das ist auch der Grund, warum in Europa die Argu-

mente der Lobbys mehr Gewicht haben als jene der Konsumentinnen und Konsumenten und NGOs. Natürlich gibt es auch Zeiten ohne Wind oder mit wenig Sonnenschein, in denen die erneuerbaren Quellen dann weniger Strom ins Netz liefern als verbraucht wird. Solche Schwankungen gibt und gab es auch mit konventionellen Kraftwerksparken – wenn etwa Konsumentinnen und Konsumenten an kalten Wintertagen mehr heizen, in Hitzeperioden mehr Strom für Kühlung verbrauchen oder die Kraftwerke vom Netz gehen müssen, weil sie an heißen Sommertagen nicht genügend Kühlwasser haben. Mit Hilfe einiger weniger Reservekraftwerke und Speicher lassen sich solche Schwankungen ausgleichen. In Europa gibt es genügend solche Kraftwerke, aber derzeit werden gerade die dafür besonders gut geeigneten, modernen Gaskraftwerke aus Kostengründen von den Betreibern eingemottet oder stillgelegt. Stattdessen werden neue Kohlekraftwerke in Betrieb genommen, die dann die CO₂-Emissionen Europas hochtreiben. Ein scheinbares Paradoxon, tatsächlich aber das Ergebnis knallharter Kostenrechnung. Wenn man dem Markt erlaubt, auf Kosten der Umwelt und des Klimas Gewinne zu machen, dann tut er es auch – soviel zu Marktliberalisierung und Nachhaltigkeit.

Die Energiewende ist technisch und ökonomisch machbar

Während Europa die Integration erneuerbarer Energien zurecht mit hunderten Milliardenbeträgen fördert, wird zugesehen, wie die Klimaziele der EU unterlaufen werden, indem schmutzige Kohlekraftwerke als Netzreserve betrieben und sogar neu gebaut werden, während gleichzeitig bestehende und etwas klimaverträglichere Gaskraftwerke einfach aus dem Netz genommen

werden. Würde man den Emissionshandel wieder in Kraft setzen oder eine Emissionssteuer einführen, würden sich Kohlekraftwerke nicht mehr rentieren. Auch hier versagt der Diskurs zwischen den Energiepolitikerinnen und -politikern in Europa.

Technisch sind die Lösungen für eine kohlenstofffreie Stromwirtschaft bereits vorhanden: Die Speichertechnologie ist dank E-Mobility in der Lage, auch größere Batteriespeicher für das Abpuffern der schwankenden Produktion von erneuerbaren Energieträgern bereit zu stellen, Wärmenetze können auch für die Kühlung verwendet werden und mit den so genannten Smart Grids wird es gelingen, KonsumentInnen und Konsumenten vermehrt in die Netzregelung einzubinden. Die intelligente Regelung von Heizungs- und Kühlanlagen hat kaum merkbare Auswirkungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auf die Strombilanz: 100 Watt Veränderung in einem Haushalt erbringen bei einer Million Anlagen 100 MW für die Netzstabilität. Wir brauchen nur die entsprechenden Regulierungsvorschriften und Förderungen, um diesen neuen Technologien zum Durchbruch zu verhelfen. Mit dieser Energiewende, einer Förderung von Elektromobilität und mit verbesserten und gesetzlich vorgeschriebenen Gebäudeisolierungen wird sich der Energiehunger Europas zuerst abflachen und schließlich deutlich absenken lassen – ein Muss zur Erreichung der in Paris vereinbarten Klimaziele.

Dreh- und Angelpunkt einer solchen Entwicklung ist die Erhöhung der Kosten für die Emission von Kohlendioxid. Denn nur dann entstehen Anreize, fossile Energieressourcen einzusparen – sei es in der Produktion, im Verkehr oder bei der Heizung und Klimatisierung. Die ursprüngliche Idee des Emissionshandels, nämlich die CO₂-Kosten durch zu erkaufende Zertifikate zu steuern, ist leider fehlgelaufen: Zu viele Ausnahmen haben dazu geführt, dass die Zertifikate zu Ramschpreisen angeboten werden und daher keinerlei Lenkungseffekt mehr haben. Das zu reparieren, würde Jahre dauern und käme dann ohnehin zu spät. Außerdem wird dabei der Verkehrssektor, der ebenfalls einen großen Teil zum Klimawandel beiträgt, kaum einbezogen. Die Lösung wäre, die im Verkehr bereits bewährten Emissionssteuern (die dort zwar nicht so heißen, aber diesen Effekt haben) auf alle Energiebereiche auszudehnen. Nur so wird es gelingen, den öffentlichen Verkehr und die Elektromobilität zu fördern, die Verschwendung von Energie beim Heizen

und Kühlen zu reduzieren und die Energie vorwiegend aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen.

Die Industrie und vor allem die traditionelle Energiewirtschaft führen immer wieder ins Treffen, dass die Energiewende die Wettbewerbsfähigkeit Europas schwächt und die Energiekosten erhöht. Dabei ist die Milchmädchenrechnung hier ganz einfach: Heute fließt ein Großteil der Kosten der Energiebereitstellung in die Förderung und den Transport von Öl, Kohle und Gas – wobei das Geld zu einem großen Teil in die Förderländer abfließt und dort mehr oder weniger undemokratische, nicht selten korrupte Regierungen und Oligarchen stützt. Mit Sonne, Wind, Wasserkraft und Erdwärme nutzen wir kostenlose Energieressourcen. Der Großteil der Kosten geht in Anlagen, moderne Technologien und Dienstleistungen, die vor Ort bereit gestellt werden. Solange beides parallel läuft – ein Markt der konventionellen Energie und die Förderung erneuerbarer Energien –, wird das Energiesystem natürlich teurer. Bei einer ernst gemeinten Umsteuerung wird dieses System langfristig billiger. Man muss nur aktiv steuern – von selbst kommt hier nichts, weil die alten Beharrungskräfte am Markt einfach zu mächtig sind.

Bekämpfung der Energiearmut

Die Liberalisierung des Energiesektors brachte nicht nur höhere Preise für die Kundinnen und Kunden, sondern auch steigende allgemeine Energiearmut in Europa. In Großbritannien – dem Mutterland der Liberalisierung – gibt es wieder tausende Wärmestuben, die von insgesamt einer Million Bürgerinnen und Bürgern regelmäßig besucht werden, die sie sich das Heizen ihrer Wohnungen nicht leisten können. In Bulgarien geben die Menschen etwa 50% des Durchschnittseinkommens für Energie aus. 28% der Spanierinnen und Spanier sind von Energiearmut bedroht, in Italien sind es 5 Millionen, in Deutschland 7, in Frankreich 8 Millionen Menschen. Insgesamt können bereits 10% aller Europäerinnen und Europäer ihre



Energiekosten nicht bezahlen. Natürlich spielen hier auch die gestiegene Arbeitslosigkeit, die allgemeine Senkung der Sozialstandards und die zunehmenden prekären Arbeitsbedingungen eine große Rolle. Eine soziale nachhaltige Energiepolitik muss allen Menschen die Möglichkeit bieten, ihre Wohnungen zu beheizen und Strom für den täglichen Bedarf zu beziehen. Auch hier bietet sich mit einer konsequenten Energiewende ein Lösungsweg an: Während die Energierechnung heute in der Hauptsache aus Kosten für die fossilen Brennstoffe und Steuern ausmacht, werden es nach der Energiewende vor allem Kosten für das Energiesystem und die Anlagen sein – weil die Energie selbst aus kostenlosen Ressourcen kommt. Dass man den sozial benachteiligten Gruppen die Steuern erlassen kann, versteht sich dabei von selbst.

Die Naturfreunde Internationale fordert anlässlich des 30. Jahrestages der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl die aktive Umsetzung einer nachhaltigen Energiewende in Europa:

- Einführung von CO₂-Steuern als Anreiz fossiles Brennstoffe zu vermeiden
- Keine Förderung für AKW und Verbot der Verlagerung von Kosten für die Entsorgung von Atommüll auf die Allgemeinheit
- Forcierung der Forschung im Bereich Erneuerbare Energieproduktion und Speicherung von Elektrizität
- Förderung der Elektromobilität
- Verpflichtende Gebäudeisolierung zur Reduktion des Energieverbrauchs
- Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten vor Energiearmut (z.B. durch Reduktion der Energiesteuern).

Manfred Pils
Präsident der Naturfreunde Internationale